Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7680

16. 08. 90

Sachgebiet 707

Antrag

der Abgeordneten Dr. Jens, Roth, Dr. Ehrenberg, Blunck, Dr. Gautier, Jung (Düsseldorf), Meyer, Müller (Pleisweiler), Reuschenbach, Dr. Sperling, Dr. Skarpelis-Sperk, Vahlberg, Zeitler, Bernrath, Dr. Böhme (Unna), Bulmahn, Dr. Hauchler, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Für eine aktive und umfassende Strukturpolitik der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland und für die DDR

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die zur Zeit insgesamt günstige Konjunkturlage verdeckt und verdrängt aus dem öffentlichen Bewußtsein, daß in der westdeutschen Wirtschaft erhebliche Strukturprobleme bestehen und auch in Zukunft weiterhin hoher struktureller Anpassungsbedarf zu bewältigen ist:

— Die Arbeitslosigkeit liegt nach wie vor an der Zweimillionen-Marke. Rund 700 000 Arbeitnehmer/innen sind bereits länger als ein Jahr arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit hat sich strukturell verfestigt. Ein beträchtliches Arbeitskräftepotential liegt dadurch brach.

— Jahr für Jahr bleibt eine hohe Zahl von Schulabgängern — im Durchschnitt der letzten Jahre rund 80 000 — ohne Berufsausbildung. Dies sind nicht nur die Arbeitslosen von morgen. Auch die Wirtschaft büßt damit dringend benötigte Fachkräfte ein.

— Gleichzeitig herrscht in vielen Regionen des Bundesgebiets ein spürbarer Mangel an Fachkräften und Auszubildenden. Oft auch in Regionen, die zweistellige Arbeitslosenquoten aufweisen. Die Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen und die Qualifikationsanforderungen der neuen Arbeitsplätze klaffen immer mehr auseinander.

— Zwischen den Regionen des Bundesgebiets existieren nach wie vor große Unterschiede in der regionalen Wirtschaftskraft und der Arbeitslosigkeit, aber zum Beispiel auch hinsichtlich ihrer Ausstattung mit qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen („Führungsfunktionen"). Regionen mit weitgehender Vollbeschäftigung und hoher Wettbewerbsfähigkeit ihrer Betriebe stehen Regionen mit zweistelliger Arbeitslosenquote und erheblichen strukturellen Anpassungsproblemen gegenüber. Die mit dem Strukturwandel verbundenen Belastungen treten regional sehr unterschiedlich auf.

— Auch Wettbewerbsposition und Entwicklung der Wirtschaftszweige weisen erhebliche Diskrepanzen auf. Eine Reihe von Wirtschaftszweigen steht unter starkem internationalem Wettbewerbs- und Anpassungsdruck oder sieht sich in den nächsten Jahren verstärkten Anpassungszwängen ausgesetzt.

— Die technologische Entwicklung verläuft nach Unternehmensgröße, Wirtschaftszweig und Region stark unterschiedlich. Bei der Entwicklung und Marktdurchdringung neuer Produkte, der Entwicklung neuer Produktions- und Organisationsverfahren, aber auch bei der Anwendung von bereits anderswo entwickelten neuen Techniken hinken viele Regionen deutlich hinter den technologischen Spitzenregionen des Bundesgebiets her. Strukturwandel und Wettbewerbsfähigkeit werden dadurch beeinträchtigt.

— Aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung und des verstärkten Wettbewerbsdrucks verändern sich die Anforderungen, die moderne und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze an die fachlichen und sozialen Qualifikationen der Erwerbstätigen (Arbeitnehmer und Unternehmer) stellen, laufend und mit zunehmender Geschwindigkeit. In der Erstausbildung erworbenes Wissen veraltert oft schon nach wenigen

Jahren. Qualifikationsdefizite, die auch nach Berufen, Regionen und Wirtschaftszweigen in unterschiedlicher Weise auftreten, erschweren den Innovationsprozeß und beeinträchtigen so die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe.

— Auf den bundesdeutschen Märkten läßt sich zur Zeit — insbesondere mit Blick auf den gemeinsamen Binnenmarkt — eine starke Tendenz zur Unternehmenskonzentration feststellen. Die Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf neue Herausforderungen und der marktwirtschaftliche Suchprozeß nach besseren Lösungen können dadurch Schaden erleiden.

Bereits heute besteht in der Bundesrepublik Deutschland ein hoher Bedarf nach einer aktiven, den Strukturwandel erleichternden und den Wettbewerb fördernden Strukturpolitik. Die anstehende Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes, durch die der Anpassungsdruck in regionaler, sektoraler und qualifikatorischer Hinsicht zunehmen wird, erhöht den strukturpolitischen Handlungsbedarf. Bei einem Nachlassen der Konjunktur werden die strukturellen Defizite verstärkt zutage treten.

Zusätzlichen strukturpolitischen Handlungsbedarf bringt die Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR mit sich. Ohne umfassende, aufeinander abgestimmte Maßnahmen

— zur Umstrukturierung und Produktivitätssteigerung der bestehenden Betriebe in der DDR,

— zur Förderung des Mittelstandes,

— zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, die den unvermeidlichen Wegfall bestehender Arbeitsplätze nicht nur ersetzen, sondern möglichst überkompensieren,

— zur Einführung moderner Technologien,

— zur Anpassung und Erhöhung der Qualifikation der Arbeitnehmer und der Unternehmer,

— zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Infrastruktur

muß nicht nur mit dem Zusammenbruch einer Vielzahl von Betrieben in der DDR und hoher Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Auch der Abbau des Einkommensrückstands gegenüber dem Bundesgebiet, der vorrangig durch Anhebung der Produktivität der Wirtschaft in der DDR erfolgen muß, würde erschwert und verzögert werden.

Die Bundesregierung betreibt keine aktive, die wichtigsten strukturwirksamen Politikbereiche integrierende Strukturpolitik. Sie verfügt über kein geschlossenes strukturpolitisches Handlungskonzept zur Förderung und Erleichterung des Strukturwandels. Einzelne strukturpolitische Maßnahmen werden häufig durch andere, ebenfalls strukturwirksame Entscheidungen der Bundesregierung unterlaufen. Die strukturpolitische Effizienz der eingesetzten öffentlichen Mittel ist unzureichend.

II. Deshalb wird die Bundesregierung aufgefordert,

— unverzüglich ein in sich geschlossenes Konzept einer an marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientierten Strukturpolitik vorzulegen, das die wichtigsten strukturwirksamen Politikbereiche so aufeinander abstimmt und bündelt, daß der wachstumsnotwendige Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR erleichtert, sozial- sowie umweltverträglich gestaltet und die Wettbewerbsfähigkeit der (gesamt-)deutschen Wirtschaft im europäischen Binnenmarkt gestärkt wird, sowie die staatliche Förderung sektoraler Wirtschaftsentwicklung, also von bestimmten Techniken und Produkten, insbesondere alle Großprojekte sektoraler Förderung, kritisch zu prüfen und prinzipiell zu befristen,

— die gesetzlichen Grundlagen für die Einrichtung eines Sachverständigenrates für Strukturfragen zu schaffen, der — zusammengesetzt aus unabhängigen Wissenschaftlern — laufend die strukturelle Entwicklung der deutschen Wirtschaft untersucht und bewertet, strukturpolitischen Handlungsbedarf aufzeigt und mögliche Lösungsansätze skizziert; zusammen mit dem Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wären die Überlegungen eines Sachverständigenrates für Strukturfragen eine ausgewogene und problemgerechte Grundlage für die Erstellung des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung und für die wirtschaftspolitische Planung des jeweiligen neuen Haushaltsjahres,

— institutionelle Vorkehrungen zu treffen für eine effizientere Koordinierung der wichtigsten strukturwirksamen Politikbereiche, auf Ebene der Bundesregierung, zwischen Bundesregierung und Regierung der DDR, zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, zwischen Bundesrepublik Deutschland und Kommissionen der Europäischen Gemeinschaft, unter angemessener Beteiligung der Vertreter der Unternehmer und der Arbeitnehmer.

Bonn, den 21. Juni 1990

Dr. Jens
Roth
Dr. Ehrenberg
Blunck
Dr. Gautier
Jung (Düsseldorf)
Meyer
Müller (Pleisweiler)
Reuschenbach
Dr. Sperling
Dr. Skarpelis-Sperk
Vahlberg
Zeitler
Bernrath
Dr. Böhme (Unna)
Bulmahn
Dr. Hauchler
Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75